



PNDonline - eine Plattform des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung mit Texten und Diskussionen zur Entwicklung von Stadt und Region

„Wenn Migranten sich engagieren ...“

Die Austragung von interkulturellen Konflikten mobilisiert zusätzliche Ressourcen für die Stadtteilentwicklung

Der Beitrag verdeutlicht an einem illustrativen Beispiel die Ressourcenpotenziale, die durch die konstruktive Austragung von ethnisch aufgeladenen Konflikten aktiviert werden können. In der Argumentation werden dabei zwei Thesen verfolgt:

- Gerade in Einwanderungsstadtteilen grenzt es an Fahrlässigkeit, ethnisch aufgeladenen Konflikten aus dem Weg zu gehen, da nur durch deren Austragung weitere Schritte in der gegenseitigen Annäherung gegangen werden. Die Konfliktvermeidung stellt unter dieser Prämisse eine suboptimale Handlungsoption dar.
- Die Austragung interkultureller bzw. ethnisierter Konflikte kann zudem produktiv dafür genutzt werden, zusätzliche Engagementpotenziale bei den verschiedenen Migrantengruppen freizulegen.

Aufbau einer Basisinfrastruktur zur Konfliktaustragung

Das Aufgabenfeld der Konfliktvermittlung in Nachbarschaft und Quartier wird durch den Planerladen e.V. im Rahmen eines eigenen Projektansatzes systematisch seit dem Jahr 2000 angegangen. Den Anstoß dafür gab ein im Rahmen von Nachbarschaftsforen sowohl von verschiedenen Migrantengruppen als auch deutschstämmigen Bewohnern ausdrücklich eingeforderter interkultureller Vermittlungsbedarf. Der Start des Projektes

erfolgte im Rahmen eines Modellprogramms des Landes („Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung“). Vorangegangen waren empirische Feldanalysen, in denen sich andeutete, dass Konflikte um Ressourcen im Quartier umso unerbittlicher sind, je stärker die jeweiligen Bewohner auf lokale Ressourcen angewiesen sind, d.h. je geringer ihre Mittel sind. Zudem bestätigte sich, dass gerade in Einwanderungsstadtteilen starke Tendenzen zur Ethnisierung von im Kern eigentlich norma-



Tülin Kabis-Staubach,
Vorstandsmitglied des
Planerladen e.V. sowie
Inhaberin des Büros für
Architektur und
Stadtentwicklung (BASTA),
Dortmund



Prof. Dr. Reiner Staubach,
Lehrstuhlinhaber des
Fachgebiets „Planungs-
bezogene Soziologie,
Planungstheorie und
-methodik“, FH Lippe

Dieser Beitrag ist erschienen
in: Forum Wohneigentum,
Heft 4|2007, S.207-211.

len Lebensstil- und Generationenkonflikten bestehen (FOKUS 1999, 34ff.).

Mit der weiteren Förderung des Projektes ab Mitte 2001 bis Ende 2004 im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II zeigte sich dann, dass in der Dortmunder Nordstadt als einem Integrationsstadtteil mit multiplen sozialen und ethnischen Realitäten die Bearbeitung und Austragung von interkulturellen Konflikten eine professionelle Daueraufgabe darstellt. Neben der Stärkung von Bewohner getragenen Strukturen der zivilgesellschaftlichen Selbstregulation konnte eine Nachhaltigkeitsstrategie deshalb nur darin liegen, auch zukünftig öffentliche und möglichst auch private Ressourcen für die Bewältigung dieser Aufgabe zu mobilisieren.

Seit Ende 2006 erfolgt nunmehr eine Förderung über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Diese ist auf drei Jahre angelegt und soll die vor allem auf Sprachförderung ausgerichteten sonstigen Integrationsmaßnahmen erweitern und flankieren. Mit der Schwerpunktsetzung auf die Vermittlung und Bearbeitung von Konflikten im öffentlichen Raum wurde unter dem Titel "Brücken bauen zwischen den Welten" eine partielle inhaltliche Refokussierung vorgenommen.

Den sozial-räumlichen Bezugsrahmen des Projektes bildet nach wie vor die Dortmunder Nordstadt. Als der zentrale Einwanderungsstadtteil in der Region Dortmund weist dieser Stadtteil mit seinen Ende 2005 ca. 54.000 Einwohnern einen Ausländeranteil von 41,1 Prozent und einen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund von 57,5 Prozent auf. Darunter bilden die türkischstämmigen Migranten zwar die mit Abstand größte Gruppierung, dies allerdings innerhalb einer in ethnisch-kultureller Hinsicht insgesamt sehr heterogenen Stadtteilbevölkerung. Der Handlungsansatz des Projektes umfasst folgende Bausteine:

- Bearbeitung kleiner und größerer Konfliktfälle,
- Anlaufstelle und Beratungsangebot vor Ort,
- Schulung von Vertretern lokaler Institutionen sowie
- Training von Quartiersbewohnern in der Bewältigung und Vermittlung von Konflikten.

Zu einem zentralen Partner des Projektes hat sich inzwischen die Wohnungswirtschaft entwickelt. Schließlich handelt es sich um einen Stadtteil von Mietern. Gerade die Ethnisierung konkreter Alltagskonflikte stellt die Vermieter vor zusätzliche Herausforderungen. Ein „hoheitliches“ Eingreifen führt hier oft eher zu einer Verschärfung denn zu einer Lösung. Schließlich sind die Eigentümer nicht selten auch machtlos, da in dem Konflikt vielfach nicht unmittelbar mietrechtliche Fragen berührt werden. Die Einbindung einer neutralen und den Bewohnern bekannten Instanz eröffnet hier zusätzliche Handlungsoptionen. Sieben Wohnungsunternehmen mit Beständen im Stadtteil firmieren inzwischen als offizielle Kooperationspartner des Projektes. Neben der frühzeitigen Einbindung des Planerladers möglichst im Anfangsstadium von Konflikten wird hier ein Schwerpunkt darauf gelegt, die Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung in den Unternehmen selbst zu erweitern. Dazu finden nunmehr Trainingsmaßnahmen für Kundenberater und Hausmeister im Umgang mit interkulturellen Konflikten statt.

Daneben erfolgt weiterhin ein Training von Bewohnern zu ehrenamtlichen Stadtteilvermittlern. Die Nachfrage aus der Bewohnerschaft ist sowohl in Bezug auf die ethnische Herkunft als auch den sozialen Status sehr heterogen. Im Kern geht es dabei darum, dass Bewohnern selbst bei kleineren nachbarschaftlichen Streitigkeiten zur Konfliktregulierung befähigt werden.

Als das Projekt Ende 2006 neu gestartet werden konnte, zeigte sich wie wertvoll die im Zusammenhang mit dem URBAN II-Programm aufgebauten bzw. weiterentwickelten kleinräumlichen Gesprächsebenen mit den Bewohnern für die Bekanntmachung solcher Angebote und Aktivitäten sind. Insbesondere die Kontakte und Netzwerke des Quartiersmanagements in der Nordstadt sowie die zahlreichen Arbeitsgruppen, Nachbarschaftsforen, Eigentümerforen, Gesprächskreise und auch das Nordstadt-Forum wurden als Multiplikatoren über die Zielrichtung des neuen Projektansatzes informiert. Die Resonanz auf diese durch Faltblätter und Zeitungsartikel flankierte Mund-zu-Mund-Propaganda war überwältigend.

Beispiel für eine „Win-win“-Lösung: Umnutzung einer Brachfläche

Migranten ergreifen Initiative

Im Juli 2002 übernahm der Planerladen die Vermittlung in einem Konflikt um die Nutzung einer größtenteils im städtischen Eigentum befindlichen Fläche von 23.000 Quadratmetern, die zunächst lange brach gelegen hatte und nun seit einigen Jahren von ca. 50 türkischstämmigen Familien aus dem Umfeld als Grabeland genutzt wurde. Planungsrechtlich als Erweiterungsbereich für den unmittelbar gegenüber liegenden Schulkomplex vorgehalten, hatte sich diese Brache immer mehr zu einem illegalen Müllabladeplatz entwickelt. Nachdem sie dann auch als Umschlagplatz für Drogendealer missbraucht wurde, begannen türkische Eltern damit, zum Schutz ihrer Kinder dort Wache zu halten. Schließlich befreiten sie die Fläche von wildem Gewächs und Müll, vertrieben die Dealer und legten dort Gärten an, um so für sich die große Lücke an Freizeitmöglichkeiten gerade für ältere Migranten in der Nordstadt zu füllen.

Abwehrreaktionen

Durch Beschwerden von Anliegern – eines Kleingartenvereins in der Nähe und eines benachbarten Autohauses – wurden Verwaltung und Politik auf diese Situation aufmerksam, so dass bei den Nutzern die Befürchtung wuchs, die Gärten zu verlieren. Dies eskalierte in einem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord, die illegale Nutzung der betreffenden Fläche zu beenden. Die Nutzer wandten sich deshalb mit der Bitte an den Planerladen, sie in ihrem Anliegen zu unterstützen, die Brachfläche auch zukünftig als Grabeland bewirtschaften zu können.

Ein Vermittlungsprozess kommt in Gang

Im regelmäßigen Kontakt sowohl mit Verwaltung und Politik als auch mit den Nutzern entwickelte sich in einem Vermittlungsprozess von etwa zwei Jahren die Perspektive einer Zwischennutzung der Fläche. Dieser umfasste zahlreiche Gespräche sowie Ortstermine und Begehungen mit den unterschiedlichen Akteuren aus der lokalen Politik und mit den insgesamt sieben beteiligten Ämtern und städtischen Eigenbetrieben (Regiebetrieb Stadt-grün, Umweltamt, Städtische Immobilienwirtschaft, Liegenschaftsamt, Stadtplanungsamt, Ordnungsamt, Dortmunder Mineralstoffverwertung DOMIG), dem Stadtver-



Migranten verwandeln die Müllhalde in eine Oase

band Dortmunder Gartenvereine e.V. und Thyssen Krupp Stahl (TKS) als Eigentümerin eines kleineren Teils der Fläche. Hinzu kamen die unzähligen Gespräche mit der Nutzergruppe bzw. mit den im Stadtteilladen immer wieder besorgt nachfragenden Vertretern einzelner Familien. Die Moderationsaufgabe bezog sich zu einem erheblichen Teil nicht nur auf die Organisation und Durchführung mehrerer Runder Tische zwischen Politik, Verwaltung und Nutzergruppe sondern auch auf die Herstellung eines koordinierten Handelns auf Seiten der Verwaltung. Im Ergebnis konnte schließlich ein Konsens über eine geregelte mittelfristige Nutzung der Fläche als Grabeland durch die Migrantengruppe erzielt und ein eigener Trägerverein zur Bewirtschaftung der Fläche durch die Nutzergruppe selbst aufgebaut werden.

Meilensteine der Konfliktaustragung

Nachdem sich die Hinweise verdichtet hatten, dass die im Flächennutzungsplan vorgezeichneten planungsrechtlichen Vorstellungen (Schulerweiterungsfläche) in weite Ferne gerückt waren, war ein vordringlicher Schritt die Klärung der Unbedenklichkeit der Nutzung der Fläche für gärtnerische Zwecke. Dies wurde durch ein entsprechendes Bodengutachten Ende 2002 schließlich attestiert. Ein Anliegen der Politik war von Beginn an die Beseitigung der mit Planen und Brettern provisorisch aufgestellten Hütten, die ihnen wenig ansehnlich erschienen und besonders den Unmut einiger Kritiker auf sich zogen.



„Herzlich Willkommen!“

Als sich die Möglichkeit einer Zwischennutzung abzeichnete, wurde die Beseitigung der Hütten von Seiten der Politik als ein Nachweis der Kooperationsbereitschaft der Nutzergruppe eingefordert, wovon sich die institutionellen Akteure im August 2003 im Rahmen einer gemeinsamen Ortsbegehung überzeugen konnten. Unter der Regie des Stadtverbandes der Kleingärtner sollte das Gelände entsprechend aufbereitet und bewirtschaftet werden. Bei den weiteren Verhandlungen zeigte sich aber, dass die Ansprüche des Stadtverbandes an die Flächenaufbereitung mit zu hohen Kosten verbunden waren, was auch mit den zugrunde gelegten Ordnungsvorstellungen hinsichtlich des Zuschnittes und der Gestaltung der Einzelparzellen zusammenhing. Der dann eingereichte Kostenvoranschlag machte dem Liegenschaftsamt schnell die Grenzen der Finanzierbarkeit deutlich, so dass eine alternative Lösung entwickelt werden musste.

Der Vertreter des Liegenschaftsamtes, der seit Juli 2002 fallbezogen mehrfach mit dem Konflikt befasst war, ließ sich von dem Engagement der Nutzer so sehr überzeugen, dass er dem Planerladen e.V. eine vertragliche Nutzungsüberlassung mit entsprechenden Regularien anbot. Der Vertreter von TKS hatte wiederum signalisiert, dass er sich in seinen Weichenstellungen bezüglich der Nutzung der Fläche an den Entscheidungen der Stadt Dortmund orientieren würde. Der Planerladen ließ daraufhin den Vertragsentwurf überprüfen, recherchierte Vergleichsprojekte in anderen Städten und schlug nach Rücksprache mit der Nutzergruppe im Februar 2004 bei einem Gespräch mit dem Liegenschafts-

amt und dem Bezirksvorsteher schließlich vor, eine Trägerschaft und Verantwortungsübernahme durch die Nutzer selbst in Erwägung zu ziehen. Für diesen Fall bot der Planerladen zugleich an, weiterhin die vermittelnde Rolle zwischen den Nutzern sowie Verwaltung und Politik einzunehmen und die Nutzer sowohl bei der Vereinsgründung als auch bezüglich der Entwicklung des Grabelandes unterstützend zu begleiten. Unter der Voraussetzung der Bereitschaft einer Kerngruppe von mehreren Nutzern zu längerfristigem Engagement und Verantwortung zeigten sich Politik ebenso wie Verwaltung offen gegenüber der Möglichkeit, zur Sicherung einer geregelten Trägerschaft eine Vereinslösung ins Auge zu fassen. Die Nutzer sollten für die Pflege der gesamten Fläche zuständig sein. Im Gegenzug wollte die Verwaltung auf einen Pachtzins verzichten. Die Nutzer sollten allerdings einen Zaun um die gesamte Fläche mit eigenen Mitteln errichten.

Im Anschluss an dieses Gespräch organisierte der Planerladen eine Nutzerversammlung, bei der es darum ging, die Nutzer über das Gespräch zu informieren, ein Verständnis über diesen alternativen Trägeransatz herzustellen sowie schließlich eine Sprechergruppe zu wählen. Als Pächter der Fläche konstituierte sich schließlich der Verein „Yesil Bostan – Gemüsegarten e.V.“. Im Juni 2004 wurden die Pachtverträge mit Wirkung ab dem 01.07.2004 auf eine unbestimmte Zeit abgeschlossen.

Parallel zu diesen Entwicklungen nahm der Planerladen zu den Beschwerdeführern aus den umliegenden Gartenanlagen Kontakt auf, informierte sie über den aktuellen Stand der Entwicklungen und über das Interesse des neu gegründeten Vereins, ihnen im Rahmen eines Ortstermins das Grundstück vorzustellen und sich über ihre Gartenarbeit auszutauschen. Neben mehreren Kleingärtnern nahmen auch einige interessierte Lokalpolitiker an der Begehung teil. Es wurde deutlich, dass die meisten Beschwerdeursachen mit fehlender Aufklärung über die Nutzungsbedingungen zusammenhingen.

Worum ging es eigentlich?

Bei dem hier dargestellten Konfliktfall handelt es sich auf den ersten Blick vor allem um einen Regel- und Dominanzkonflikt. Eine Gruppe von Zuwanderern hat eine im städtischen Eigentum befindliche Fläche in Beschlag genommen und umgenutzt, ohne dafür eine entsprechende vertragliche Nut-

zungserlaubnis in der Tasche zu haben. Mit dem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord haben die entsprechenden lokalen Politiker gegenüber ihrer eigenen deutschstämmigen Wählerklientel deutlich gemacht, dass sie nicht gewillt sind, das unangemessene Verhalten der „Neuankömmlinge“ zu tolerieren.

Als sich die Möglichkeit einer Zwischennutzung der Fläche als Lösung andeutete, sollte die Hinzuziehung des Stadtverbandes der Kleingärtner als Ordnungsmacht insbesondere die Einhaltung bestimmter Spielregeln sicherstellen. Nach dem Abriss der Hütten als erstem Akt der Unterwerfung drängte dieser darauf, das Gelände planieren zu lassen, um es dann normgerecht parzellieren zu können. Jenseits des Kostenarguments waren die Akteure aus Politik und Verwaltung allerdings in den Gesprächen und Ortsbegehungen zu dem Eindruck gelangt, dass dieser Ansatz den Nutzungsansprüchen der Migrantengruppe nicht gerecht werden würde. Bei der sich schließlich abzeichnenden Vereinslösung entwickelten die beteiligten Politiker dann durchaus eine gewisse Freude daran, wie sich die Migrantengruppe mit dem Regelwerk des deutschen Vereinsrechtes herumschlagen und sich auf bestimmte vertragliche Verpflichtungen einlassen musste.

Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass hinter den Regel- und Dominanzkonflikten auch knallharte Interessenskonflikte zum Vorschein kommen. So gab es das Interesse eines im Nahbereich liegenden Kleingartenvereins, der hier bereits vor mehreren Jahren zusätzliche Gartenparzellen platzieren wollte und mit diesem Anliegen kein Gehör gefunden hatte. Angesichts der veränderten Bedarfslage standen öffentliche Belange einer Nutzungsänderung nun aber nicht mehr entgegen. Seitens der Verwaltung wollte man trotzdem nicht so weit gehen, den Anspruch auf diese Fläche grundsätzlich aufzugeben. Als Nutzungsalternative wurde daraufhin zwar noch die Erweiterung eines ebenfalls im Nahbereich gelegenen Autohauses auf den Tisch gebracht. Dieses Nutzungsinteresse – die Rede war von einer Ausstellungsfläche – erwies sich letzten Endes aber nicht als substanziell. Das Angebot der gemeinschaftlichen Trägerschaft der Fläche durch die Nutzergruppe traf sich hingegen mit dem Interesse der Stadt Dortmund, sich von den dauerhaften Bewirtschaftungskosten zu befreien.



Aktive Mitglieder des Vereins „Gemüsegarten e.V.“

Als der Konflikt mit der Räumungsentscheidung der Bezirksvertretung seinen Höhepunkt erreicht hatte, wandte sich die Migrantengruppe an den Planerladen, der bei ihr nicht zuletzt wegen seiner interkulturellen Besetzung einen großen Vertrauensvorschuss hatte. Bis dahin herrschte gewissermaßen „beredete Sprachlosigkeit“: Viele redeten „übereinander“ aber nicht „miteinander“! Die Brückenfunktion im Hinblick auf Politik und Verwaltung konnte der Planerladen wiederum deshalb ausüben, weil er sich mit seinen Projekten und Initiativen eine große Anerkennung als fachlich versierte Instanz in der Nordstadt erarbeitet hatte.

Die im Rahmen des Vermittlungsprozesses auf beiden Seiten erkennbaren Annäherungen sind vor allem damit zu erklären, dass es in mehreren Schritten gelang, zwischen den handelnden Personen eine kommunikative Nähe aufzubauen. Gerade für den Bezirksvorsteher und für die zumeist ebenfalls anwesenden Fraktionsvertreter aller Parteien aus dem Stadtbezirksparlament war es offensichtlich eine erstmalige und sicher gewöhnungsbedürftige Erfahrung, umringt von mehreren Dutzend Vertretern einer traditionellen Migrantengruppe, in aller Stringenz ihre eigenen Positionen zu vertreten und sich zudem deren Meinungen anzuhören. Im Kontakt mit den meist älteren Männern und einigen zum Teil mit Kopftüchern bekleideten Frauen, mussten sie dabei erkennen, dass es sich dabei wegen des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft zum Teil auch um potenzielle Wahlbürger handelte. Im Hinblick auf die männlichen Vertreter der ersten Migran-

tengeneration zeigten sich mit der früheren Arbeit auf der Westfalenhütte bei Hoesch vereinzelt sogar Gemeinsamkeiten hinsichtlich der eigenen Erwerbsbiografie. Auch für die Migrantengruppe war es eine erstmalige Erfahrung, dass sich offizielle Stadtteilpolitiker tatsächlich die Zeit nahmen, mit ihnen über eine für sie wichtige Angelegenheit zu sprechen und ihnen durch die Auseinandersetzung mit diesem Anliegen zugleich Respekt entgegenzubringen. Die türkische Übersetzung war dabei gerade für die Älteren unter ihnen unverzichtbar.

Konfliktaustragung statt Konfliktvermeidung als Integrationsstrategie

Der hier skizzierte stadtteilbezogene Ansatz der Konfliktvermittlung und das Beispiel für einen komplexeren symbolhaften Konflikt liefert vor allem Anschauungsmaterial dafür, wie die konstruktive Austragung von ethnisch aufgeladenen Konflikten produktiv zur gegenseitigen Annäherung genutzt werden kann. Dies kann auf Grund der notwendigen normativen Setzungen durch die Aufnahmegesellschaft und natürlich auch der ungleichen Durchsetzungsmacht sicher kein symmetrischer Prozess sein. Gerade bei der hier aufgegriffenen Thematik geht es in der Regel um Probleme, die im Diskurs der relevanten Akteure (Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Verbände, Migrantenselbstorganisationen etc.) oftmals hochgradig emotional und ethnisch aufgeladen behandelt werden und sich so letztlich zu einer Gemengelage eines komplexeren Konflikthintergrundes ausbil-

den (vgl. Heitmeyer 1998, 458). Die Konfliktvermittlung setzt deshalb auf eine Versachlichung und Entethnisierung. Auf Grund der spezifischen interessengeleiteten Wahrnehmungen lassen sich solche Fälle meist nur mit langwierigen Verfahren und unter hohem Vermittlungsaufwand zu „Win-win“-Lösungen führen.

In ihrem Handeln orientieren sich die Institutionen der bisherigen Mehrheitsgesellschaft zumeist an den vorherrschenden bzw. angenommenen Präferenzen und Normalitätsvorstellungen der deutschstämmigen Bevölkerung. Dies führt in der Regel dazu, dass die Leitbilder und Diskurse über die Zukunft von Stadtteilgesellschaften mit hohen Migrantenanteilen sehr stark vom „Prinzip der Störungsvermeidung“ bestimmt sind (vgl. Feldtkeller 1998, vgl. Heitmeyer 1998, 450).

Wie das hier dargestellte Beispiel verdeutlicht, funktioniert die Konfliktaustragung aber nicht voraussetzungslos (vgl. Häußermann/Siebel 2004, 184f.). Zum einen setzt ein „Kontakt“ Anlässe und Gelegenheiten für die interkulturelle Begegnung (z.B. Nachbarschafts- und Quartiersforen, Stadtteilsterben) voraus. Zum anderen brauchen die verschiedenen Gruppen gerade im Umgang mit ethnisch aufgeladenen Konfliktsituationen oftmals eine moderierende neutrale Instanz, da erfahrungsgemäß die Gefahr der Konflikteskalation recht hoch ist (vgl. Beauftragte der Bundesregierung 2005, 116). Die Vermittlungshilfe von interkulturellen Brückenbauern als Teil einer Basisinfrastruktur der Konfliktaustragung kann dazu beitragen, die vorherrschende Sprachlosigkeit und aufgebauten stereotypen Vorurteile zu überwinden und damit den Kontakt für die verschiedenen Beteiligten erfolgreich zu gestalten.

Die hier praktizierte auch vertraglich abgesicherte enge Kooperation mit sieben Wohnungsunternehmen belegt, dass die Wohnungswirtschaft inzwischen Bereitschaft zeigt, sich vermehrt auf die Herausforderungen eines Einwanderungsstadtteils einzulassen. Dies ist zum einen durchaus als Teil einer Strategie der Investitionssicherung zu verstehen. Darin deutet sich aber auch an, dass sich das Aufgabenverständnis über die Bereitstellung von Wohnraum allein erweitert und Migranten zugleich über ihre „Kundenmacht“ an Aufmerksamkeit gewonnen haben.

Die Früchte der Arbeit...



Freisetzung von Engagementpotenzialen

Bei dem hier präsentierten Beispiel der Umnutzung einer größtenteils im öffentlichen Eigentum befindlichen Brachfläche zu einem gemeinschaftlich genutzten Sozialraum zeigt sich, dass die Störungswahrnehmung trotz der Vermüllung und Verwahrlosung der Fläche offenbar für keinen der später in Erscheinung getretenen Beschwerdeführer soweit ging, dass sie dies zur Intervention bewegt hätte. Erst als die Migrantengruppe aktiv wurde, wurde die Fläche für Anlieger und Politik zu einem „Problemfall“.

Die von der Migrantengruppe konkret demonstrierte Engagementbereitschaft und das damit verbundene bürgerschaftliche Potenzial blieben hingegen zunächst unbemerkt oder wurden ignoriert. Erst als sich die Konfliktlösung andeutete, wurde diese selbst organisierte Bewirtschaftung der Fläche als willkommene Ressource zur Kostenreduzierung erkannt. Damit wird ebenfalls deutlich, welche zusätzlichen Synergien die produktive Austragung von interkulturellen Konflikten in Einwanderungsstadtteilen erzeugen kann. Denn tatsächlich handelt es sich zugleich um ein plakatives Beispiel für die Ausübung bürgerschaftlicher Initiative und die Übernahme von Verantwortung im öffentlichen Raum. Weder die Umstände des Zustandekommens noch der Eigennutz der Eltern bzw. Großeltern im Hinblick auf den Schutz ihrer Kinder bzw. Enkel, ändern etwas an der Tatsache, dass hier eine Fläche im Eigentum der öffentlichen Hand in die Bewirtschaftung und Pflege durch eine Gruppe von Bewohnern überantwortet wurde.

Gerade in Stadtteilen bzw. Quartieren, in denen Menschen mit Migrationshintergrund inzwischen dabei sind, zur Mehrheit zu werden oder diese sogar schon innehaben, darf auch der Hinweis auf das eklatante demokratische Repräsentationsdefizit nicht fehlen. Tatsächlich dokumentieren sich in dem beschriebenen Projekt nicht zuletzt auch das Interesse und die Bereitschaft, Gestaltungsmacht in der Entwicklung des eigenen Wohn- und Lebensumfeld auszuüben. Im Hinblick auf eine zukunftsfähige Entwicklung dieses Einwanderungsstadtteils ist solchen Projekten damit gleichsam ein dreifacher Mehrwert zuzuschreiben.

Das Projekt „Konfliktvermittlung“ wurde im Rahmen des Bundeswettbewerbs „Soziale Stadt 2004“ im Handlungsfeld „Integration und Zusammenle-

ben“ Anfang 2005 mit einer Anerkennung ausgezeichnet.

Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2005

Feldtkeller, Andreas: In der Falle. Zur sozialen Verantwortung von Stadtplanung, in: Frankfurter Rundschau vom 30.01.1998

FOKUS (Forschungsgruppe Kommunikation und Sozialanalysen) (Hrsg.): Konfliktmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf (Endbericht), Köln 1999

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: Stadtsoziologie – Eine Einführung (campus), Frankfurt a. Main 2004

Heitmeyer, Wilhelm: Versagt die Integrationsmaschine Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen, in: Heitmeyer, W./Dollase, R./Backes, O. (Hrsg.): Die Krise der Städte, Frankfurt a.M. 1998

Planerladen e.V. (Hrsg.): Antidiskriminierungsprojekt im Wohnbereich – Dokumentation und Auswertung von „Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ in der Dortmunder Nordstadt, Dortmund 1999

Staubach, Reiner: Konfliktvermittlung – Ein Instrument zur interkulturellen Verständigung im Stadtquartier, in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 1/2005 (Themenheft „Soziale Stadt“), Bonn 2005